

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Pressemitteilung

3. Mai 2016

Kommunale Spitzenverbände zum Wertstoffgesetz

Kommunale Sammlung von Wertstoffen bietet beste Gewähr für bürgerfreundliches und transparentes Recycling

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich in der Diskussion um ein Wertstoffgesetz für einen für alle Seiten zufriedenstellenden Kompromiss ausgesprochen. **„Wir hoffen, dass es gelingt, einen fairen Interessenausgleich zwischen den bewährten kommunalen Strukturen im Abfallbereich und den privaten Akteuren zu erreichen. Kern unserer Position ist, die Wertstoffsammlung vor Ort in kommunaler Verantwortung zu organisieren, wohingegen das Sortieren und Verwerten stärker auf private Anbieter ausgerichtet sein könnte“**, erklärten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen.

Bislang sind die dualen Systeme für die Erfassung der Verpackungen und die Kommunen für die Erfassung der stoffgleichen Nichtverpackungen – z. B. Kochtöpfe aus Aluminium und Küchenschüsseln aus Kunststoff – zuständig. **„Für die Bürger ist die parallele Zuständigkeit von Kommunen und dualen Systemen nicht nachvollziehbar. Allein die jeweilige Kommune wird als Ansprechpartnerin im Bereich der Abfallentsorgung wahrgenommen, während die dualen Systeme bei Problemen vor Ort nicht greifbar sind“**, stellten die Verbandspräsidenten fest. Die

kommunale Organisationsverantwortung für die Wertstofffassung würde nicht nur die Zuständigkeiten klar zuordnen, sondern auch bislang erforderliche Abstimmungsvereinbarungen zwischen Kommunen und dualen Systemen entbehrlich machen. **„Damit wäre dies am Ende auch ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung.“**

Außerdem sind kommunale Erfassungsstrukturen zugleich bürgerfreundlich, transparent und den hohen Recyclingzielen verpflichtet. **„Wir unterstützen daher die Länder, die mit uns ein kommunalfreundliches Wertstoffgesetz einfordern“**, so die drei Präsidenten.

Kontakt:

Deutscher Städtetag, Volker Bästlein, Pressesprecher, Tel.: 0 30/3 77 11-130

Deutscher Landkreistag, Dr. Markus Mempel, Pressesprecher, Tel.: 0 30/59 00 97-312

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Franz Reinhard Habel, Pressesprecher, Tel.: 0 30/7 73 07-225